

DAS AKTUELLE BUCH

Washington
im Visier

«Machtpolitik ohne Perspektive» heisst das Buch des kanadischen Historikers Gabriel Kolko. Er legt eine Analyse der Aussenpolitik der USA vor, welche die Supermacht nicht als stabilisierenden «Friedensbringer», sondern als eine «ungeheure Gefahr» darstellt. In dieser Aussage klingt das Geschichtsbewusstsein der «New Left» nach, die in den Siebzigerjahren, auf dem Höhepunkt des Vietnamkrieges, die USA und ihre Interessen pointiert kritisch betrachtete.

Bekanntester Vertreter ist der Historiker William Apleman Williams, der massgeblich **Sinn und Zweck der Vietnam-Politik von Kennedy bis Nixon hinterfragte**. Zum Kreis der «New Left» zählte auch der früher an der York-Universität in Toronto lehrende Gabriel Kolko. Er gilt als Spezialist des Vietnam-Krieges; seine damaligen Arbeiten über die Verstrickung der USA in Indochina (und zuvor in Korea) finden sich als Nachhall in seinem Buch.

Die Abschnitte über diese beiden Konflikte – militärisches Patt in Korea, Niederlage in Vietnam einhergehend mit der Zerstörung der gesellschaftlichen Struktur des Landes – gehören zu seinen besten Ausführungen. Kolkos Buch – **eine dezidiert alternative Sicht der US-Aussenpolitik** – ist indessen nicht in allen Argumenten überzeugend. Sachlich-kritische und anregende Gedanken münden sehr oft in stark emotional eingefärbte Schlussfolgerungen, die nicht ohne Widersprüche sind oder sich auf Schlagworte reduzieren. Das **hochkomplexe Phänomen des islamistischen Terrors** etwa engt er auf die Formel «Kampf der Schwachen gegen das starke Amerika» ein. Zeithistorische Konstellationen – Kalter Krieg, Rivalität zwischen Washington und Moskau im Nahen Osten –, die nicht in sein Weltbild der «machtbessenen» USA passen, blendet er aus oder biegt Fakten zurecht.

Im Zusammenhang mit dem **iranisch-irakischen Krieg (1980–1988)** schreibt er, die USA hätten Saddam Hussein in den Krieg gedrängt und das mit sowjetischen Waffen kämpfende Land aufgerüstet (eine Meinung, die heute weit verbreitet ist). Weder das eine noch das andere ist richtig. «Nachgerüstet» haben Irak vor allem westeuropäische Länder, allen voran Frankreich. Ziel der USA war es, dass weder Irak noch Iran als Sieger aus diesem Ringen hervorgehe. Über diese neutralistische Haltung lässt sich heute trefflich streiten.

Nicht alle Argumente Kolkos sind falsch. So hat der rasche militärische Erfolg aus Gründen der «Glaubwürdigkeit» stets Vorrang vor den langfristigen politischen Folgen einer Intervention. Die aktuelle Situation in Irak und Afghanistan gibt ihm Recht. Harsch kritisiert er das Kompetenzgerangel an der Militärspitze und in der intellektuellen Elite. Ihr begegnet er mit Hohn und Spott. **Mitunter rutscht Kolko ins Vulgäre mit rassistischem Unterton ab:** Er spricht von «jüdischen Neokonservativen»; die UCK in Kosovo besteht aus «muslimischen Fanatikern mit Verbindungen zu Osama bin Laden.» Und über den Nachfolger von Präsident Roosevelt ist tatsächlich zu lesen: «Harry Truman hatte die Weisheit nicht eben mit Löffeln gefressen.» Eine Anspielung auf dessen Containment-Politik als Folge des Griffs der Sowjetunion auf Osteuropa und den Balkan? Ihr erteilt Kolko Absolution. Der Kommunismus sei ohnehin nie «die Ursache für die Krisen rund um den Globus gewesen», schreibt er.

Walter Lüthi

[1] GABRIEL KOLKO: MACHTPOLITIK OHNE PERSPEKTIVE. DIE USA GEGEN DEN REST DER WELT. Rotpunktverlag, 2007, 330 Seiten, Fr. 38.–.

Goldene Kühe und Pflugochsen

Taiwan wählt heute ein neues Parlament

Zum vierten Mal in der Geschichte ihrer jungen Demokratie wählen die Taiwaner heute ein neues Parlament.

Die beiden grossen Parteien sind sich zumindest im Grad der Korruption sehr ähnlich.

JUTTA LIETSCH, TAIPEH

Das Votum gilt als Barometer für die Präsidentenwahl in elf Wochen: Sollte die nationalistische Kuomintang-Partei, die sich für eine Annäherung an China einsetzt, überzeugend siegen, darf sich auch ihr Präsidentschaftskandidat Ma Ying-jeou gute Chancen für einen Sieg am 22. März ausrechnen. Dann könnte sich die aufgeheizte politische Atmosphäre in Ostasien im Vorfeld der Peking Olympischen Spiele abkühlen.

Taiwans Präsident Chen Shui-bian, der nach acht Amtsjahren nicht mehr antreten darf, ist in Peking verhasst, weil er sich für mehr politische und kulturelle Eigenständigkeit seiner Insel gegenüber dem Festland stark gemacht hat. Davon fühlte sich die KP-Führung immer wieder provoziert. Peking will die Insel mit ihren 23 Millionen Einwohnern, die sich seit dem Ende des Bürgerkriegs 1949 selbst regieren, notfalls mit Gewalt daran hindern, sich für unabhängig zu erklären.

Vor den Parlamentswahlen hat sich Chens Demokratische Fortschrittspartei (DPP) bescheidene Ziele gesetzt, nachdem ihr viele Anhänger in den letzten Monaten davon gelaufen sind: «Wenn wir 50 Mandate erreichen, wäre das ein grosser Erfolg», sagt die DPP-Politikerin Hsiao Bi-khim. Insgesamt werden in der Volksvertretung 113 Abgeordnete sitzen.

Die Wahlen sollen Bewegung in die verhärteten Fronten in Taiwan bringen. In den vergangenen Jahren legten sich die beiden grossen Kräfte im Parlament, die als blaues (Kuomintang) und grünes (DPP) Lager bekannt sind, immer wieder

gegenseitig lahm. Die Kuomintang verfügte gemeinsam mit einigen kleineren Gruppierungen über eine deutliche Mehrheit. Damit konnte sie Projekte des Präsidenten verhindern.

Filz und Korruption

Insgesamt stehen 13 Parteien zur Wahl. Die meisten dürften jedoch an der neuen 5-Prozent-Hürde scheitern. Die Präsidentenpartei DPP hat in den letzten Jahren viele Sympathien verloren. Ende der Achtzigerjahre war sie als demokratische und saubere Alternative zur alten Kuomintang angetreten, die vier Jahrzehnte lang diktatorisch geherrscht hatte. Doch nun ist die DPP selbst in krumme Geschäfte verstrickt. Eine ganze Reihe von DPP-Politikern – auch Mitglieder der Präsidentenfamilie –

wurden wegen Korruption verurteilt.

Die alte Kuomintang gilt allerdings als nicht weniger verfilzt. Im Wahlkampf um die Direktmandate in 73 Wahlbezirken und um die 34 Plätze auf den Parteilisten – sechs Sitze sind Vertretern der Ureinwohner Taiwans vorbehalten – ermitteln die Aufsichtsbehörden inzwischen in mehr als 6000 Fällen, weil sie Bestechung und Stimmenkauf vermuten. Mehr als 10 000 Personen sollen darin verwickelt sein.

Die besten Chancen, ein politisches Amt zu ergattern, haben wie in früheren Zeiten «Goldene Kühe» und «Pflugochsen», wie die Taiwaner sagen – jene Kandidaten, die mit viel Geld um sich werfen und «den Acker der Beziehungen durchpflügen». So sagt die Kuomintang-Abgeordnete Joanna Lei selbstkritisch: «Unser Berufsstand hat einen extrem miesen Ruf.»

Fortschritte, trotz allem

Trotzdem ist sie mit ihrer Kollegin Hsiao aus dem Regierungslager einig: «Taiwans Demokratie hat grosse Fortschritte gemacht. Früher wären solche Verstösse nicht ans Tageslicht gekommen.» Eine freie Presse und zahlreiche Bürgerinitiativen sorgen inzwischen dafür, dass Schummeleien auffliegen.

Nun hoffen die Taiwaner, dass die neuen Abgeordneten ehrlicher und fleissiger werden – und nicht mehr so häufig die Fäuste sprechen lassen, wie es im rauflustigen Parlament in der Vergangenheit immer wieder vorgekommen ist. Dazu soll die jüngste Parlamentsreform beitragen: Jeder Bezirk wählt nur einen Volksvertreter, ausserdem ist die

Zahl der Sitze auf fast die Hälfte geschrumpft. Die Abgeordnete Lei: «Wenn wir weniger sind, hat es die Öffentlichkeit leichter, uns zu überwachen.»

Unsichtbarer Kandidat China

Die Beziehungen Taiwans zu China spielten im Wahlkampf eine geringere Rolle als früher, beobachteten Experten wie der taiwanische Politikprofessor Lo Chih-cheng: «Die Leute interessieren sich vor allem dafür, ob die Kandidaten die wirtschaftlichen Interessen ihres Bezirks vertreten werden.» In der Vergangenheit hatte die DPP immer dann an Stimmen gewonnen, wenn China mit dem Säbel rasselte. Diesmal blieb Peking still – wohl um die Chancen der Kuomintang nicht zu gefährden. «China», sagt Lei, «ist als unsichtbarer Kandidat dabei.»



Wähler hoffen auf gesitteteres Benehmen der Volksvertreter: In Taiwans Parlament gehts manchmal etwas ruppig zu und her. KEYSTONE

Nicaraguas verratene Revolution

Das zentralamerikanische Land kann sich nicht aus dem Würgegriff der Caudillos befreien

Seit einem Jahr regiert Präsident Daniel Ortega das zentralamerikanische Nicaragua – bereits zum zweiten Mal. Vom revolutionären Geist seiner ersten Präsidentschaft in den Achtzigerjahren ist jedoch nicht mehr viel übrig.

MATTHIAS KNECHT,
MANAGUA

Fernando Cardenal erinnert sich mit leuchtenden Augen an den Befehl, den er vor rund 30 Jahren erhielt: «Das ganze Land alphabetisieren!» Das war zwei Wochen nach dem Sieg der Sandinistischen Revolution am 19. Juli 1979. «Wir waren voller Träume und Illusionen», berichtet der Jesuitenpriester und ergänzt: «Es war die Zeit, als der Kommandant Daniel Ortega mein Freund war.» Schnell waren sie sich einig: «Das Vaterland ist nicht vollständig befreit, bis alle Menschen alphabetisiert sind.»

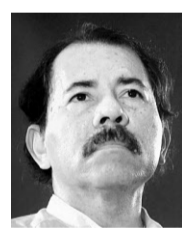
Ohne Geld und ohne Weltbank-Experten gelang Cardenal in Nicaragua das, was bisher kein anderes Entwicklungsland fertig brachte. In einem «Kreuzzug der Alphabetisierung» lernten innert sechs Monaten eine Million Menschen das Lesen und Schreiben. Möglich machten das 100 000 Freiwillige. Sie wa-

ren Cardenals Aufruf gefolgt, als Lehrer aufs Land zu gehen, um unter kargen Bedingungen mit den Bauern zu leben. «Diejenigen, welche nicht aufs Land gegangen sind, sind voller Scham in der Stadt geblieben», erinnert sich Cardenal an die Stimmung Anfang der Achtzigerjahre.

Schnell war der Traum von der Befreiung zu Ende. Die USA begannen, Kontra-Rebellen gegen die Sandinisten zu finanzieren. Mehr und mehr Geld floss in den Bürgerkrieg, immer weniger blieb für Bildung und Gesundheit übrig. Bis 1990 fielen den Contras 29 000 Menschen zum Opfer. Die Wirtschaft war ruiniert, die Inflation betrug 32 000 Prozent, und Ortega verlor die Präsidentenwahl gegen die Kandidatin der Rechten, Violeta Chamorro. Es folgten 16 Jahre konservative Regierungen, die nach den Vorgaben des Internationalen Währungsfonds Staatsfinanzen und Wirtschaft sanierten.

Kritik nicht erwünscht

2006 war Nicaragua wirtschaftlich wieder auf dem Stand von 1978, dem letzten Amtsjahr des von den Sandinisten gestürzten Diktators Anastasio Somoza. 2006 war auch das Jahr, in dem Daniel Ortega erneut als Präsident gewählt wurde. Einige Monate später präsentierte er sich der Uno-Generalversamm-



Linker Caudillo Daniel Ortega. MARIO LOPEZ/KEY

lung als Präsident der «sandinistischen Revolutionsregierung». Doch vom revolutionären Elan der Achtzigerjahre ist unter der erneuten Präsidentschaft Ortegas nichts mehr zu spüren.

Seit Januar 2007 regiert er von seinem Privathaus aus, das zugleich Parteizentrale und Regierungssitz ist. Seine Ehefrau und Regierungssprecherin Rosario Murillo sorgt dafür, dass dort weder kritische Journalisten noch parteiinterne Kritiker Zutritt haben. Wer sich im Kabinett Ortega widersetzt, wird abgesetzt. Im ersten Jahr seiner erneuten Präsidentschaft wechselte Ortega zwölf Minister und hohe Staatsbeamte aus.

Auf der Strecke geblieben sind dabei alle Wahlversprechen Ortegas. Spötter in Managua sprechen bereits von «der Regierung der Nullen». Denn von den angekündigten Zielen, «null Hunger» und «null Arbeitslosigkeit», ist Nicaragua so weit entfernt wie eh und je. 46 Prozent der über fünf Millionen

Einwohner leben in extremer Armut, 31 Prozent können nicht lesen und schreiben, viermal so viel wie nach dem einstigen Alphabetisierungskreuzzug.

Herrschaft der «Danielisten»

Längst abgewendet von Ortega haben sich die meisten seiner früheren Mitstreiter. Dazu gehören die in Europa bekannt gewordenen Brüder Ernesto und Fernando Cardenal, aber auch sein früherer Vizepräsident (1984–1990) Sergio Ramirez. Der Schriftsteller bezeichnet Ortega heute als «post-modernen Caudillo» und wirft ihm vor, das Land «in den Abgrund» zu führen. Ähnlich äussert sich Ortegas einstige Gesundheitsministerin, Dora María Téllez. Sie wurde wie viele andere frühere Revolutionäre schon in den Neunzigerjahren aus der Partei geworfen. Rückblickend sagt Téllez: «Wir haben uns damit beschäftigt, an der Macht zu bleiben, nicht aber, die Linke weiterzuentwickeln.» Von den früheren Sandinisten seien darum nur mehr einige «Danielisten» übrig geblieben. «Sie optierten dafür, radikal aufzutreten, aber zugleich mit der korrupten Rechten zusammenzuarbeiten.»

Ortegas Paktieren mit der Rechten begann kurz nach seiner Niederlage von 1990 und erreichte unter der Präsidentschaft des konser-

vativen Arnoldo Alemán (1997–2002) ihren Höhepunkt. Gemeinsam kontrollieren Ortega und Alemán seither die Besetzung von Gerichten und wichtigen Behörden. Ortegas Sandinisten sahen grosszügig weg, als Alemán die Staatskasse plünderte. Als Alemán später dafür zu 20 Jahren Haft verurteilt wurde, verhinderten sandinistische Richter den Haftantritt Alemáns, bis heute mit Erfolg.

Wachsender Unmut

Alemáns Liberalkonservative halfen im Gegenzug, die verfassungsmässigen Hürden für die Präsidentenwahl zu senken. So waren es schliesslich nicht die Armen, die Ortega wieder zur Macht verhalfen, sondern der einstige Somoza-Mann Alemán. Dank ihm konnte Ortega im Wahljahr 2006 mit nur 38 Prozent der Stimmen den Sieg für sich beanspruchen.

«Der Schlüssel zur Macht von Daniel Ortega ist weiterhin die Unterstützung durch Arnoldo Alemán», sagt Ex-Präsident Ramirez. Doch der Unmut über den Pakt wächst auf der linken und auf der rechten Seite. Die liberalkonservative Partei hat sich bereits in zwei Flügel gespalten. Und in der sandinistischen Partei nehmen die Konflikte zwischen Zentralregierung und auf ihre Autonomie bedachte linke Bürgermeister zu.